

PRESSEINFORMATION 02/2026

Zumeldung zur Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten zum EU-Mercosur-Abkommen

BWIK-Vizepräsident Claus Paal: Großer Erfolg, aber wir müssen daraus lernen. Europa muss schneller werden

Stuttgart, 9. Januar 2026 – Die Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten zum Handelsabkommen mit den Mercosur-Ländern markiert aus Sicht des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK) einen wichtigen wirtschaftspolitischen Meilenstein. Das Abkommen setze ein Zeichen dafür, dass Europa auch unter schwierigen globalen Rahmenbedingungen auf Kooperation statt Abschottung setze.

Gleichzeitig sei der Abschluss ein Auftrag für die europäische Handelspolitik. „Die Verhandlungen haben gezeigt, dass Europa schneller werden muss“, sagt Claus Paal, Vizepräsident des BWIHK und Präsident der für Außenwirtschaftsthemen im BWIHK zuständigen IHK Region Stuttgart. „In einer Welt, die sich rasant verändert, können Prozesse, die Jahrzehnte dauern, nicht mehr der Maßstab sein. Diese Erfahrung muss bei allen kommenden Freihandelsinitiativen berücksichtigt werden.“

„Unsere Unternehmen sind auf funktionierende internationale Märkte angewiesen“, betont Paal. „Gerade in einer Phase wachsender Unsicherheiten zeigt sich: Wirtschaftlicher Erfolg entsteht dort, wo Verlässlichkeit, Offenheit und gegenseitiges Vertrauen die Grundlage des Handelns bilden.“

Für die Betriebe in Baden-Württemberg eröffne das Abkommen neue wirtschaftliche Perspektiven. Der erleichterte Zugang zu den südamerikanischen Märkten schaffe zusätzliche Spielräume für Investitionen, Export und industrielle Zusammenarbeit. Davon könnten vor allem technologiegetriebene Branchen profitieren, die stark in globale Wertschöpfungsprozesse eingebunden sind.

Über die unmittelbaren Markteffekte hinaus habe die Vereinbarung auch eine ordnungspolitische Dimension. „Europa stärkt damit seine Fähigkeit, wirtschaftliche Beziehungen eigenständig zu gestalten und nicht allein von geopolitischen Entwicklungen abhängig zu sein“, so

der BWIHK-Vize. Die engere wirtschaftliche Verzahnung trage dazu bei, Lieferstrukturen robuster zu machen und den Zugang zu strategisch wichtigen Ressourcen langfristig abzusichern.

Aus Sicht der regionalen Wirtschaft brauche es eine klare strategische Linie: Europa müsse seinen Binnenmarkt stärker als Ausgangspunkt für eine aktive internationale Wirtschaftspolitik nutzen. Dazu gehörten pragmatische Abkommen, schlanke Verfahren und ein konsequenter Abbau von Hürden, die Unternehmen im Auslandsgeschäft ausbremsen.

„Ein Europa, das handlungsfähig bleibt, schafft Vertrauen – bei seinen Unternehmen ebenso wie bei seinen internationalen Partnern“, so Paal. „Das ist die Voraussetzung dafür, dass Betriebe aus unserer Region auch künftig erfolgreich in den Weltmärkten agieren können.“

Hintergrund zur Bedeutung des EU-Mercosur-Abkommens für Unternehmen in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist ein zentraler Akteur im Mercosur-Handel: 2024 entfielen 14 Prozent der deutschen Mercosur-Exporte auf BW, im Zeitraum 2010–2024 im Schnitt knapp 15 Prozent. Gleichzeitig wuchsen die Exporte mit durchschnittlich 0,38 Prozent pro Jahr nur moderat – ein Hinweis auf bislang ungenutztes Potenzial, das vor allem durch hohe Zölle und Marktzugangsbarrieren gebremst wurde.

Das EU-Mercosur-Abkommen setzt hier an. Der schrittweise Abbau teils sehr hoher Zölle stärkt insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der für BW wichtigen Branchen wie Automobil, Maschinenbau sowie Chemie und Konsumgüter. Mit der Unterzeichnung auf EU-Ebene und der möglichen vorläufigen Anwendung des Handelsteils beginnt eine Übergangsphase bis zum voraussichtlichen Inkrafttreten 2027, in der Unternehmen bereits jetzt strategisch aktiv werden können.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Außenwirtschaft
IHK Region Stuttgart
Franziska Stavenhagen
Telefon 0711 2005-1317
E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.